

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Newsletter 2018-02 / Liga Baselbieter Stromkunden

Sie erhalten von der Liga Baselbieter Stromkunden monatlich einen Newsletter mit aktuellen Informationen zur Strom- und Energie-Politik.

Aktuelles aus der Politik

Aus dem Landrat

Grüne wollen internationale Klimaziele kantonal umsetzen

Der Grünen-Landrat Philipp Schoch fordert von der Baselbieter Regierung Massnahmen zur Erreichung der internationalen Klimaziele im Kanton Basel-Landschaft. Mit seinem Postulat «Klimaziele auf kantonaler Ebene umsetzen» bittet er den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie die im Rahmen des Pariser Abkommens formulierten internationalen Klimaziele mit Indikatoren und Zwischenzielen im Kanton Basel-Landschaft erreicht werden können. Weiter soll der Regierungsrat über entsprechende Massnahmen und Gesetzesänderungen berichten.



Die Liga Baselbieter Stromkunden setzt sich ebenfalls für die Erreichung der ambitionierten Klimaziele ein – mittels wirtschaftsverträglichen Massnahmen. «Die Definition der Massnahmen zur Erreichung der internationalen Klimaziele ist jedoch in erster Linie Sache des Bundes», sagt Wirtschaftskammerdirektor und Liga-Präsident Christoph Buser. Die Delegation dieser Aufgabe an den Kanton sei problematisch, da die übergeordneten Klimaziele nur bei einem gut koordinierten Vorgehen der Kantone erreicht werden können. Ein unabgestimmtes Vorpreschen des Baselbiets sei der Erreichung der Ziele nicht dienlich, so Buser. «Der Vorstoss ist nicht zu Ende gedacht.» Entsprechend empfiehlt die Liga Baselbieter Stromkunden eine Nichtüberweisung der Vorlage.

Auch zweiter Vorstoss ist nicht zielführend

In eine ähnliche Richtung geht ein weiterer Vorstoss von Schoch. Mit dem Postulat «Umweltbericht weiterentwickeln: Massnahmepläne integrieren» fordert der Landrat den Regierungsrat dazu auf, zu prüfen und zu berichten, wie der aktuelle Umweltbericht beider Basel mit konkreten Massnahmen ergänzt werden kann, um bestehende Umweltprobleme anzugehen. «Auch in diesem Fall macht ein einseitiges Vorgehen des Kantons Basel-Landschaft wenig Sinn», sagt Hansruedi Wirz, SVP-Landrat und Mitglied des Liga-Vorstands. Die Erreichung von Klima- und Umweltzielen bedinge möglichst breit abgestützte und koordinierte Lösungsansätze. «Ein Alleingang unseres Kantons ist schlicht nicht zielführend», so Wirz.

Der Umweltbericht beider Basel ist ein strategisches, durch Indikatoren gestütztes Instrument der Umweltbeobachtung, der sehr unterschiedlich interpretiert und gewichtet werden kann. «Dieser grosse Interpretationsspielraum wird von einigen Exponenten des Landrats benutzt, um den Umweltbericht für politische Stimmungsmache zu instrumentalisieren», kritisiert Wirz.

Zusätzliche Hürden für Windanlagen sind unnötig

Die Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) des Baselbieter Landrats beantragt die Abschreibung des SVP-Postulats «Verbindlicher Mindestabstand Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten». Wie dem UEK-Bericht entnommen werden kann, erachtet die Mehrheit der Kommission den Auftrag des Postulats als erfüllt. Der als Postulat überwiesene, ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss von SVP-Landrat Andi Trüssel fordert rund eine Verdoppelung des Mindestabstandes von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten.



Mit dem Vorstoss wollte Trüssel den Regierungsrat damit beauftragen, den Mindestabstand auf mindestens das Zehnfache der Höhe der Windkraftwerke festzulegen und gesetzlich zu verankern. Dabei seien die geltenden Lärmgrenzwerte, inklusive zusätzlicher Grenzwerte für Infraschall und tieffrequenten Schall einzuhalten. Bei einer Anlagenhöhe von 150 Metern müssen die Windturbinen laut dem SVP-Landrat einen Mindestabstand zu Siedlungsgebieten von mindestens 1.500 Metern einhalten. Eine entsprechende Regelung gelte beispielsweise auch im deutschen Bundesland Bayern und habe sich bewährt.

Liga unterstützt Abschreibung

Die Liga Baselbieter Stromkunden unterstützt die von der UEK beantragte Abschreibung des Postulats. So hat der Regierungsrat mit einem Bericht den Auftrag des Postulats erfüllt. Auch inhaltlich beurteilt die Liga die Forderungen des SVP-Landrats als nicht

zielführend: «Dank unserer basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen kann in der Schweiz das Stimmvolk in jedem Fall über ein Windprojekt entscheiden», sagt Wirtschaftskammerdirektor und Liga-Präsident Christoph Buser. Entsprechend sei aus liberaler Sicht die geforderte gesetzliche Festlegung eines Mindestabstandes nicht nötig. Diesbezüglich hinke auch der Vergleich mit Bayern. So könne im süddeutschen Bundesland ein Windpark ohne die Zustimmung der Gemeinden gebaut werden, sofern der Mindestabstand das Zehnfache der Höhe der Windkraftwerke beträgt. Mit Zustimmung der Betroffenen sind auch in Bayern Windanlagen mit einem kleineren Abstand absolut möglich.

Ob Windkraftanlagen im relativ dicht besiedelten Baselbiet ein grundsätzlich sinnvolles Investitionsvorhaben darstellen, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. «Viele Wind- und Wasserkraftprojekte stocken in der Schweiz seit Jahren. Die Einspruchsmöglichkeiten sind mannigfaltig, man denke nur an das Negativbeispiel Wasserkraftwerk Zwingen. Kombiniert mit der im Vergleich zu ausländischen Standorten relativ schwachen Windlage, ist die Kosten-Nutzenfrage unbedingt gut anzuschauen», gibt Buser zu bedenken und fügt an: «Manifestiert sich bei Windprojekten aus der betroffenen Bevölkerung Widerstand, so ist von einem Projekt abzusehen. Ansonsten wird lediglich die Endlosschleife der Einspracheverfahren angetreten mit einem sehr ungewissen Projektausgang und viel politischem Flurschaden.» Der Landrat entscheidet voraussichtlich an der Sitzung vom 8. März über die Abschreibung des Postulats.

Aus der nationalen Energiepolitik

Nationale Energiepolitik im Überblick

Der National- und der Ständerat beschäftigen sich auch in der aktuell bevorstehenden Frühjahrssession mit mehreren energiepolitischen Themen. So will der GLP-Nationalrat Jürg Grossen beispielsweise mittels einer Motion erreichen, dass die Schweizer Stromkunden künftig ausschliesslich mit erneuerbarem Strom beliefert werden. Mit seiner Motion fordert Grossen den Bundesrat dazu auf, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit in der Schweiz künftig sämtlicher nicht erneuerbar erzeugter Strom mit grünen Herkunftsnachweisen (HKN) gedeckt wird. Um die schweizerische Atomstromproduktion mit HKN zu decken, müssten gemäss Grossen, nur rund zwei bis drei Mio. Franken aufgewendet werden. «Pro Einwohner und Jahr kostet die komplett erneuerbare Strom-Schweiz zwischen 30 und 50 Rappen pro Jahr», so der Nationalrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.



Mit einem Postulat will Grossen den Bundesrat zudem beauftragen, aufzuzeigen, wie für die zweite Etappe der

Energiestrategie 2050 schrittweise ein für Bevölkerung und Wirtschaft verkräftbares Klima- und Energielenkungssystem auf Gesetzesebene eingeführt werden kann. Der Bericht soll die Möglichkeiten für Lenkungsabgaben auf Strom aus nichterneuerbaren Energien sowie auf Treibstoffen beleuchten. «Die mit der ersten Etappe zur Energiestrategie 2050 beschlossenen Fördermassnahmen sind befristet, was die Grünliberalen im Grundsatz begrüssen. Deshalb müssen rasch Lösungen für die zweite Etappe beschlossenen werden. Es ist unbestritten, dass Lenken statt Fördern effizienter und kostengünstiger ist», argumentiert Grossen. Auch diesen Vorstoss von Grossen lehnt der Bundesrat ab.

SP fordert zusätzliche Steuern

Ebenfalls mit einem Postulat will der SP-Nationalrat Mathias Reynard vom Bundesrat wissen, ob eine Steuer auf Flugtickets oder Flugtreibstoff eingeführt werden kann. Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaübereinkommens habe sich die Schweiz dazu verpflichtet, einen namhaften finanziellen Beitrag für klimapolitische Massnahmen bereitzustellen. Ab 2020 wollen 18 Länder inklusive der Schweiz, Zahlungen an Entwicklungsländer von 100 Mrd. Dollar pro Jahr leisten. "Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, muss die Schweiz ihre Finanzierungsquellen ausbauen", so der SP-Parlamentarier. Eine Steuer auf Flugtickets oder Kerosin könnte eine wesentliche Finanzierungsquelle für die Erreichung dieses Ziels darstellen. Der Bundesrat spricht sich auch gegen dieses Postulat aus.

Geschäfte in der kleinen Kammer

Der Ständerat wird sich in der anstehenden Session mit einer Motion der Energiekommission der kleinen Kammer auseinandersetzen müssen. Mit der Motion fordert die Kommission, dass der Bundesrat Vorschläge ausarbeiten soll, um Investitions- oder Reinvestitionsanreize für den langfristigen Erhalt der Schweizer Stromproduktionsanlagen, insbesondere der Wasserkraft, zu schaffen. Die Kernenergie soll gemäss der Kommission dabei nicht berücksichtigt werden. Unter diesem Vorbehalt soll die Ausgestaltung technologieneutral und auf Basis von Marktmechanismen erfolgen.

Mit einer Standesinitiative fordert der Kanton Bern, dass künftig der Bau von national relevanten Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien in Moorlandschaften möglich sein soll. Dazu muss die Bundesverfassung angepasst werden. Diese Änderung der Verfassung ist gemäss dem Kanton Bern wichtig, damit bestehende Wasserkraftwerke ausgebaut und neue Werke gebaut werden können. Der bestehende rigorose Moorschutz sei angesichts der Diskussionen um die Energiewende nicht zeitgemäss.

Die Frühjahrsession dauert vom 26. Februar bis zum 16. März

2018.

Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Schweizerinnen und Schweizer setzen vermehrt auf erneuerbare Energien. So bestellten im Jahr 2016 rund ein Drittel aller Schweizer Haushalte bewusst erneuerbare Stromprodukte. Zu diesem Schluss gelangt eine vom Bundesamt für Energie (BFE) in Auftrag gegebene Studie. Bei den Unternehmen und öffentlichen Institutionen würden rund 16 Prozent aktiv Strom aus erneuerbaren Energien bestellen. Insgesamt stammten, gemäss Studie, mit 58,3 Prozent mehr als die Hälfte des in der Schweiz verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Im Jahr 2014 waren es erst 54,1 Prozent.



Auch die Nachfrage nach dem CO₂-neutralen Biogas kann sich durchaus sehen lassen. Laut Studie wurden 2016 total 5'193 GWh Biogasprodukte und Erdgasprodukte mit Biogasanteil verkauft. Dies entspricht knapp 16 Prozent des gesamten Gasverbrauchs in der Schweiz. Die steigende Nachfrage nach Biogas bestätigt auch Kurt Schmidlin, Leiter Marketing, Vertrieb und Kommunikation bei der Gasverbund Mittelland AG mit Sitz in Arlesheim. «Bei unseren Distributoren beträgt der Biogasanteil im Standardprodukt bereits zwischen fünf und zehn Prozent», sagt Schmidlin. Bis 2020 strebe die Gasbranche für die Standardprodukte gar einen Biogasanteil von 20 Prozent an. Bis 2030 sollen es ehrgeizige 30 Prozent sein. «Wir wollen das Gas weiter dekarbonisieren», so Schmidlin. Trotz dieser Entwicklung werde gerade in der Politik die Rolle, die Erdgas zusammen mit Biogas für die Energieversorgung der Zukunft spielen könnte, unterschätzt.

Aus den Medien

Möglichst bald elektrisch fahren

Basellandschaftliche Zeitung, 8. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

Die Vernunft holt den Wahnsinn wieder ein

Basler Zeitung, 8. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

Ozonschicht schwindet immer noch

Basellandschaftliche Zeitung, 6. Februar 2018

[Zum Artikel](#)



Energiedienst hilft Audi aus der Diesel-Patsche

Basler Zeitung, 6. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

EU und Strommarkt im Zentrum

Basler Zeitung, 3. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

Beim Strompreis wird nicht gespart

Basler Zeitung, 3. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

Diese Forscher haben eine politische Agenda

Basler Zeitung, 1. Februar 2018

[Zum Artikel](#)

Lockert den BVB die Zügel!

Basler Zeitung, 30. Januar 2018

[Zum Artikel](#)

EBM baut in Norwegen

Basler Zeitung, 30. Januar 2018

[Zum Artikel](#)

LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN, POSTFACH 633, 4410 LIESTAL
TEL: 061 927 64 88 EMAIL: INFO@STROMKUNDEN-BL.CH
FAX: 061 927 64 89 WEB: WWW.STROMKUNDEN-BL.CH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.